

A n t r a g

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 7/1587 -

**Thüringer Gesetz zu dem Ersten Medienänderungs-
staatsvertrag**

**Für eine grundsätzliche Reform des öffentlich-rechtli-
chen Rundfunks und die Abschaffung des Rundfunk-
beitrags**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einer grundlegenden Reform bedürfen und sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seinen Grundauftrag zu besinnen hat;
 2. bisher unternommene Versuche einer grundsätzlichen Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems fehlgeschlagen sind;
 3. eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages, besonders angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Rezession infolge der Corona-Maßnahmen, unangemessen ist und auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise leisten müssen.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. sich für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzusetzen, durch die
 - a) das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erheblich verschlankt wird,
 - b) ein neu zu strukturierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk seine Programmarbeit im Sinne eines "Grundversorgungs-Rundfunks" gestaltet,
 - c) sich ein neu zu strukturierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf die Programmbereiche Nachrichten und Information, Bildung, Regionales, Dokumentation, Kultur und Tradition, Hobby, Lebenshilfe und Verbraucherschutz, Amateur- und Breitensport, Notfall- und Katastropheninformation konzentriert,
 2. sich für eine Abschaffung des Rundfunkbeitrags einzusetzen.

Begründung:

Das gegenwärtige Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag, der für alle Privatwohnungen (und Unternehmen für deren Betriebsstätten und Fahrzeuge) gezahlt werden muss, beträgt jährlich etwa acht Milliarden Euro. Hinzukommen Werbeeinnahmen von circa 500 Millionen Euro pro Jahr. Mit dem Geld werden 21 Fernsehprogramme, sieben Mediatheken, 73 Radioprogramme und zwei Audiotheken finanziert. Doch das zur Verfügung stehende Geld reicht den Rundfunkanstalten nicht aus, weshalb nun der Rundfunkbeitrag ab dem Jahr 2021 auf 18,36 Euro erhöht werden soll. Hierdurch sollen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bis zum Jahr 2024 1,5 Milliarden Euro zusätzlich erhalten. Damit wird weiter an der Kostenspirale des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gedreht, während Bemühungen um eine substanzielle Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems allenfalls halbherzig verfolgt werden. Neben den Kosten für das überbordende öffentlich-rechtliche Angebot kommen noch die ausufernden Gehälter der Intendanten und deren Pensionsansprüche hinzu.

Die steigende Beitragsbelastung erscheint gerade in einer Zeit der durch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (SARS-CoV-2) ausgelösten Wirtschaftskrise besonders unangemessen. Infolge dieser Maßnahmen wurden zahllose Arbeitnehmer in Kurzarbeit geschickt, verlieren Tausende ihren Arbeitsplatz und müssen ungezählte Menschen im Land ihren Gürtel enger schnallen - während die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mehr Geld erhalten sollen.

Vor diesem Hintergrund ist es heute mehr denn je an der Zeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk grundsätzlich zu reformieren. Eine solche Reform muss auf die Abschaffung des Rundfunkbeitrags sowie auf eine substanzielle Verschlankung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems zielen. Dabei muss die Neugestaltung so ausgerichtet werden, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf einen klar definierten Grundauftrag konzentriert, der die Programmbereiche Nachrichten und Information, Bildung, Regionales, Dokumentation, Kultur und Tradition, Hobby, Lebenshilfe und Verbraucherschutz, Amateur- und Breitensport, Notfall- und Katastropheninformation umfasst. Kostspielige Unterhaltungssendungen, die gut von den privaten Rundfunkveranstaltern abgedeckt werden, sollen nicht zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehören.

Es ist an der Zeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Sinne eines tatsächlichen "Grundversorgungsrundfunks" neu zu gestalten.

Für die Fraktion:

Braga